

IMI-Studie 2001/01

Kriegsprozess in Israel/Palästina

Appell aus der israelischen an die deutsche Friedensbewegung

Deutliche Kritik an Israels Kriegspolitik überfällig

Gegen strukturelle Gewalt

von Tobias Pflüger

auch in: Graswurzelrevolution 255, Januar 2000 (ohne das Kapitel zu Barak)

Der Anlaß dieser Reportage war eine Reise von Tobias Pflüger und Claudia Haydt nach Israel und Palästina Anfang bis Mitte November 2000. Der Grund für diesen Artikel sind konkrete Erfahrungen und Erlebnisse in der Konflikt- und Kriegsregion Israel und Palästina, die mit so manchen hiesigen, sehr deutschen Diskussionen nicht übereinstimmen. So manche an deutschen Schreibtischen geschriebene Artikel und "Berichte" über den "nahen Osten" haben wohl weniger mit der realen Kriegsregion Israel/Palästina zu tun, als mit speziellen "deutschen" oder "antideutschen", "linken" und pseudolinken Debatten und Positionen. Der Krieg in Palästina wird instrumentalisiert, dazu am Ende des Artikels mehr, zuerst aber zur Kriegsregion selbst:

1. Vorbemerkungen:

Es gibt wohl keinen Konflikt bzw. Krieg bei dessen Diskussion in Deutschland es so viel an Mißverstehenwollen gibt. Deshalb ist es notwendig zuvor Folgendes klarzustellen:

- Die Deutschen haben zur geschichtlichen Situation in Israel / Palästina aufgrund des Holocaust, der Shoa und Auschwitz nicht unwesentlich beigetragen, das Vorgehen der Israelis heute hat viel mit dem Holocaust damals zu tun. Deutsche sind somit - ob sie wollen oder nicht - in den heutigen Konflikt in Israel/Palästina involviert.
- Das Existenzrecht Israels muss klar anerkannt werden. Grundlage dafür sind die Grenzen Israels vor dem Krieg von 1967.
- Jegliche Vergleiche oder Andeutungen von Vergleichen der derzeitigen Situation mit der während des "Dritten Reiches" verbieten sich von selbst.
- Eine Kritik an heutiger israelischer Politik ist kein Antisemitismus.

2. Kurzurückblick auf eine Reise

Claudia Haydt und ich waren vom 28.10. bis 11.11. in Israel und Palästina. Warum waren wir zu dieser Zeit in Jerusalem, Ramallah, Bet Jala, Bet Sahour, Betlehem und Tel Aviv? Ursprünglich war eine Reise von 10 Teilnehmer/innen (über die Werkstatt "PaxAn" - gegründet von Mitgliedern der DFG-VK Baden-Württemberg) geplant, nur mußten leider alle anderen - auch aufgrund der aktuellen Situation - absagen.

Wir führten dort politische Gespräche mit Vertreter/innen auf der israelischen und palästinensischen Seite. Gesprächspartner waren u.a. die palästinensische Programmdirektorin der Heinrich-Böll-Stiftung in Ramallah, Hadeel Rizg-Qazzaz, Hassan Barghouti u.a. vom "Democracy and Workers Rights Center", das sich um erwerbstätige bzw. erwerbslose Menschen in den palästinensischen Gebieten kümmert und insbesondere mit Naseef Mu'alleem und Nadja Handam vom "Palestinian Centre for Peace and Democracy (PCPD)", dem Projektpartner der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Palästina. Das PCPD veranstaltet **sehr eindrückliche und wichtige Frauenworkshops in den besetzten Gebieten**, bei denen Frauen gestärkt werden in ihren Befähigungen in das politische Leben in Palästina einzugreifen. Wir waren im Kriegsgebiet in Bethlehem, Bet Sahour und Bet Jala bei einem solchen Frauenworkshop dabei.

Auf israelischer Seite haben wir einem Politologen an der Tel Aviver Universität gesprochen, der selbst sechs Jahre im Libanon gekämpft hat und Beate Zilversmidt und Adam Keller von Gush-Shalom ebenfalls in Tel Aviv. In Jerusalem haben wir unorganisierte israelische Antikriegsaktivistinnen getroffen.

Hechingerstr. 203

72072 Tübingen

Tel 07071/ 49154

Fax 07071/ 49159

imi@imi-online.de

www.imi-online.de

16.01.2002

Kreissparkasse Tübingen

BLZ 641 500 20

Konto 166 28 32

3. Normalität?

Vor einem Monat war auf den ersten Blick alles "normal", sofern man bei diesem Land, bei diesen Ländern (?!) von "normal" sprechen kann. Die Kontrollen auf dem Stuttgarter Flughafen waren, wie bei Reisen nach Israel üblich, besonders gründlich. Auf dem Flug gab es koscheres Essen. Ein günstiger Shuttle-Bus vom Flughafen Tel Aviv nach Jerusalem war kein Problem. Das sehr schön in der Altstadt gelegene österreichische Hospiz mit seinem unvergleichlichen Blick auf die Jerusalemer Altstadt, hatte kaum Gäste, nur einige auf ihre jeweilige Art "Unerschrockene". Die Alt-Stadt lebte, in den beiden im palästinensischen Vierteln, dem muslimischen und dem christlichen, hatten die meisten Geschäfte offen, an den Rändern der Altstadt waren überall israelische Soldaten, Polizisten und "Sicherheitsleute" postiert. Ein erster Besuch bei der Klagemauer führte durch einen Sicherheitscheck zum Blick auf insbesondere orthodoxe Juden beim Gebet. Soweit war vor einem Monat also alles fast "normal".

Doch es war eine gespannte Stimmung. Wir wollten am ersten Abend eine Falafel essen und kamen in ein sehr schönes kleines Cafe. Der Besitzer war offensichtlich alleine und hatte nichts zum Essen vorbereitet, er hörte gespannt arabische Nachrichten im Radio, er zitterte. Wir fragten auf Englisch, ob es schlechte Nachrichten gebe und plötzlich waren wir mitten in der derzeitigen Realität in Jerusalem: Er lenkte ab, und fragte, wo wir her kommen, wir berichteten und fragten erneut. Ja, er komme aus Beit Jala (das ist ein palästinensischer Ort, der gegenüber einer israelischen Siedlung namens Gilo in der unmittelbaren Nähe von Jerusalem liegt), sie seien die ganze Nacht über bombardiert worden, wie die letzten 16 Tage auch, die beiden Nachbarhäuser seien zerstört worden und aufgrund der Bombardements und der Kontrollen der Israelis seien seine beiden Söhne, die beide in Hotels arbeiten, arbeitslos und er könne deshalb nicht nach Jerusalem fahren und Gäste bewirten. Das Gespräch wurde jäh unterbrochen, es kamen neue Gäste und unser Wirt machte Späße und war sehr freundlich zu den neuen wohl us-amerikanischen Gästen. "Alles normal". Am nächsten Tag trafen wir ihn wieder im israelischen Supermarkt, er kaufte Öl u.a. für seinen Falafelladen. Am übernächsten Tag wollten wir ihn wieder besuchen, sein Laden hatte zu. Wie es ihm wohl heute geht? Ob er noch lebt?

4. Kontakte

Wir hatten einige Adressen *, von Menschen, die wir besuchen wollten. Wir fuhren mit einem Bus-Shuttle nach Ramallah (das ist die Stadt, die wegen der Lynchmorde und der anschliessenden Luftangriffe traurige Berühmtheit erlangt hat), dort besuchten wir - in der Nachbarstrasse der besagten Polizeistation - die palästinensische Pro-

grammdirektorin, der Heinrich-Böll-Stiftung, Ha-deel Rizg-Qazzaz, eine sehr engagierte Frau, die politisch sehr resignativ klang. Sie meinte, ein Hauptproblem sei, daß Ehud Barak (insbesondere im Westen) als Friedensvertreter gelte, aber er habe im Gegensatz zu seinem Vorgänger Netanjahu keinen einzigen Zentimeter Land zurückgegeben. Wir wurden von ihr zum nächsten Gesprächspartner, dem "Democracy and Workers Rights Center" begleitet, diese organisierten für uns sofort ein umfangreiches Besuchsprogramm: Wir fuhren auf der Hauptstraße von Ramallah in eine Nebenstraße in ein Wohngebiet. Unsere Begleiter, ein Anwalt, der einen US-amerikanischen Paß hatte und erst vor kurzem wieder nach Palästina gekommen war, ein Fahrer und ein Fachmann, zeigten uns das Büro von Fatah (das ist Jassir Arafats Organisation), die in der Nacht zuvor von israelischen Bomben zerstört wurden. Doch auch das Haus nebedran, ein Wohnhaus hatte zwei Raketen abbekommen, es war niemand ums Leben gekommen, doch die Bewohner mussten ausziehen, dieses Haus war nicht mehr bewohnbar. Die Palästinenser zeigten offensiv ihr Leid. Wir machten Fotos und fuhren dann an den Ortsrand, die Strasse wurde schlechter, doch plötzlich begann eine schöne neue Strasse. Wir konnten sie nicht bis zum Ende fahren, sie führte zu einer befestigten israelischen Siedlung, die zuerst in den 70er, dann die letzte Zeit unter Barak nochmal offensiv ausgebaut wurde, am Ende war eine Kontrolle, die nur Israelis passieren durften. Wir mußten auf einen Feldweg abbiegen, ein Lastwagen kam uns entgegen, das war die palästinensische Straße, die erst nach einigen Kilometern wieder in eine schöne neue israelische Strasse mündete. Am Ende der Strasse lag ein Flüchtlingslager der UN, seit 1948 leben hier Menschen, die zuvor im heutigen Israel oder in der Westbank gelebt hatten. Unsere Begleiter sagten, der Großteil der Steinewerfer stamme von dort, die Leute hätten keine Perspektive und nichts mehr zu verlieren. Es war viel Wut auf der palästinensischen Seite über immer neue Vereinbarungen, die an der konkreten Lebenssituation der Menschen nichts bis wenig verändert hatten. Nach wie vor dürfen die Palästinenser sich nicht frei bewegen. Die Menschen im Gaza-Streifen und in Nablus (das sind über eine Million) wurden einfach für Tage "eingesperrt", sie durften nicht raus.

Am nächsten Tag wollten wir uns in Jerusalem einen unpolitischen Tag "gönnen", doch daraus wurde nichts, wir sahen eine Frau mit einem Transparent "Stop bombing Palästina". Wir sprachen mit ihr, sie gehörte zu unorganisierten Kritikerinnen der israelischen Angriffe, am Ende waren es drei junge Frauen, die bei Regen gegen die "ihre" Regierung demonstrieren. Es hätte nicht symbolhafter sein können... Sie berichteten von Telefon- und email-Listen und einer ganzen Reihe von Internetadressen (vgl. im Internet unter <http://www.tobias-pflueger.de>).

Bei besonderen Vorgängen würden bis zu einhundert Menschen demonstrieren. Das sind wenige, gegen Tausende, die skandieren "Tod allen Palästinensern!" Doch diese wenigen Friedenskräfte sind die Hoffnung.

5. Bomben und "Abschüsse"

Ein weiterer Tag in Jerusalem, die Vereinbarung zwischen Jassir Arafat und Shimon Peres wurde bekannt, doch noch Hoffnung? Wir liefen durch die schöne Altstadt und gingen zum Jaffa-Tor, plötzlich sahen wir schwarze Rauchwolken, unsere schreckliche Vermutung wurde später Gewißheit, ein Bombenattentat mit zwei israelischen Toten auf dem Markt im jüdischen Westteil der Stadt. Am Tag vorher hatten wir dort noch gutes Gebäck eingekauft. Trotzdem gingen wir am Tag darauf wieder nach Ramallah, wir wollten das "Palestinian Centre for Peace and Democracy (PCPD)" besuchen, wir hatten einen sehr guten Eindruck, Naseef Mu'Allem, der Direktor gab uns einige wichtige Grundlageninformationen und er vertrat eine sehr schlüssige Position zur derzeitigen Situation: Sinngemäss: Notwendig sei ein politischer (statt steinewerfender) Widerstand der palästinensischen Seite und dieser politische Widerstand müsse qualifiziert werden... Er meinte, wie wir, dass der Anschlag im Markt zu verurteilen und kontraproduktiv sei und nur den Hardlinern auf Seiten der Israelis nütze. Wir wurden zur allwöchentlichen Demonstration am Freitag begleitet. Es demonstrierte ein breites politisches Spektrum der Palästinenser (Hardliner bis moderate). Die Demonstration endete an der Grenze der Zone A (vollständig palästinensisch kontrolliert) zur Zone C (unter vollständiger israelischer Kontrolle), die mitten in Ramallah verlief. Es kam zu palästinensischen Steinwürfen und zu Schüssen der israelischen Armee mit Tränengas und scharfen Gummigeschossen. Es gab sehr viele Verletzte auf palästinensischer Seite. **Wir haben direkt mitbekommen, wie 200 Meter von uns Palästinenser regelrecht "abgeschossen" wurden.** Die israelischen Soldaten zielten sichtbar nicht auf die Beine, sondern auf den Oberkörper und die Köpfe. (vgl. hierzu auch das Interview mit einem Scharfschützen, das in der israelischen Zeitung Ha'aretz abgedruckt wurde vgl. <http://www.tobiaspflueger.de>). Kinder wurden von ihren Eltern festgehalten und daran gehindert zu nahe an die israelischen Soldaten zu kommen. Die hiesigen Schreibtisch-Berichte über palästinensische Eltern, die ihre Kinder bewußt gegen die israelischen Soldaten oder in den Tod schickten, haben mit der Realität vor Ort nichts zu tun.

6. Beeindruckende Frauen

Na'ssef Muallem wies darauf hin, daß bestimmte Widerstandsformen bestimmte Gruppen ausschliessen. U.a. deshalb organisiert das PCPD Frauenworkshops. Die Leiterin dieser Frauen-

workshops Nadja Hamdan zeigte auf, daß es "einen Kampf im Kampf" gebe. Das PCPD hilft dabei, daß Frauen gleichberechtigt an den politischen Prozessen in Palästina beteiligt werden. Die Rosa-Luxemburg-Stiftung hat sich hier genau den richtigen Kooperationspartner vor Ort herausgesucht! Diese Arbeit ist sehr wertvoll. Aufgrund der ständigen Absperrungen durch die israelischen Besatzer sei es notwendig, so Hamdan, daß die Trainer/innen in die jeweiligen Dörfer gehen. Eine dieser Trainerinnen (Fadwa) holte uns in Jerusalem ab und fuhr mit uns mit Bus-Shuttles, Taxis, Privat-Autos über abenteuerliche Wege über Bet Jala, vorbei an Gilo, nach Bethlehem und von dort nach Bet Sahour. Wahrscheinlich die gefährlichste Strecke, die wir im Kriegsgebiet befuhren. Auf dem Weg wurden uns viele palästinensische Häuser gezeigt, die entweder von der israelischen Armee zerstört oder von Siedlern und Soldaten beschossen worden waren. Der Frauen-Workshop war beeindruckend: Ca. 30 jüngere und ältere palästinensische Frauen debattierten engagiert darüber, wie sie mit der Situation allnächtlicher Bombardierungen und den Aktionen gegen die Besatzung umgehen sollten und welche Möglichkeiten sie dabei hätten. Wir bekamen die Debatte von einer der Frauen simultan ins Englische übersetzt. Wenn diese beeindruckenden Frauen das Sagen hätten? Punkt 16.00 Uhr mußten wir gehen, es wird um 17.00 Uhr dunkel und in der Dunkelheit sollten wir wegen der nächtlichen Bombardierungen "in Sicherheit", sprich in Jerusalem sein. Wiederum auf abenteuerlichen Wegen gelangten wir schlußendlich nach Jerusalem.

7. Russische und asiatische Stadt / "Wagenburgmentalität" / Israelische Friedensgruppe Gush-Shalom

Tags darauf ein Kulturwechsel, Tel Aviv, eine riesige sehr russisch (!) und sehr asiatisch (!) wirkende Großstadt am Meer. Warum russisch und asiatisch? Jedes vierte Geschäft hatte keine hebräische, sondern russische Beschriftung. Hintergrund sind die 1 Million russische Einwanderer, von denen viele in Tel Aviv leben. Die Bevölkerung Israels beträgt derzeit 6 Millionen Menschen, davon sind 1 Million Einwanderer aus Russland. Asiatisch deshalb, weil das Straßenbild sehr geprägt ist von Philippininn/en. In Israel wurde nach Beginn der Unruhen sehr vielen palästinensischen Beschäftigten gekündigt, als "Ersatz" wurden viele philippinische Leiharbeiter/inn/en eingeflogen.

Das erste Gespräch in Tel Aviv war eine Unterhaltung mit einem Politologen an der Tel Aviver Universität. Er war selbst 6 Jahre im Libanonkrieg Soldat. Er sprach davon, daß Israel im Konflikt mit den Palästinensern, aber auch allgemein, aufgrund seiner Geschichte eine "**Wagenburgmentalität**" habe. Das bringt die Situation auf den Punkt. Er zeigte auf, wie sehr viele Einwanderer aus Russland, aus Äthiopien u.a. in die multikultu-

relle Gesellschaft Israels erfolgreich integriert wurden. Seine Wut auf die extremistischen Siedler war deutlich zu spüren. Er sagte, ein Großteil der Siedler würde lieber heute als morgen aus den besetzten Gebieten gehen. Hier ist wohl (finanzielle) Hilfe der Regierung notwendig.

In Tel Aviv führten wir auch mit Beate Zilversmidt und Adam Keller von der radikalen Friedensorganisation Gush Shalom (<http://www.gush-shalom.org>) Gespräche. Gush Shalom, bei dem auch Uri Avnery mitarbeitet, setzt sich für einen vollständigen israelischen Rückzug aus allen besetzten Gebieten ein. Diese Position bekommt immer mehr Zulauf. Wir haben lange über das spezielle Verhältnis von Deutschen zum Konflikt Israel/Palästina gesprochen. Beate Zilversmidt, Adam Keller und Uri Avnery haben uns eine Botschaft mitgegeben, nicht weiter zuzusehen: **Sie erwarten aus Deutschland einerseits historisches Gewissen und Zurückweisung jeglichen Rassismus und Antisemitismus und andererseits Mut Position zu beziehen gegen israelische Regierungs- und Siedlungspolitik.**

Wörtlich meinten sie: **Es wäre ein weiteres Verbrechen, wenn die deutsche Friedensbewegung still ist und dadurch die israelische Regierungspolitik unterstützt, die direkt in den Abgrund führt. Was wir jetzt brauchen sind Menschen mit Gewissen und mit Mut.** Gush Shalom macht vor Ort eine sehr wichtige Arbeit, Gush Shalom braucht unsere Unterstützung!

8. Mythos Barak

Am 06. Februar 2001 werden in Israel Wahlen stattfinden, da der bisherige Ministerpräsident Ehud Barak zurückgetreten ist (und so innerhalb von 60 Tagen neue Ministerpräsidentenwahlen stattfinden müssen) und die Knesset sich zuvor mit deutlicher Mehrheit für Parlamentsneuwahlen ausgesprochen hat.

Diese Neuwahlen sind der Endpunkt einer Regierungszeit des Ministerpräsidenten Ehud Barak, die einerseits von sogenannten Friedensverhandlungen unter US-Vermittlung mit der palästinensischen Autonomiebehörde und andererseits von einer gnadenlosen militärorientierten Machtpolitik gegenüber der palästinensischen Bevölkerung und Führung geprägt war.

In der Regierungszeit Baraks wurden erstmals israelische Staatsbürger (palästinensischer Herkunft) von israelischem Militär bei Protesten erschossen. Unter Barak stockte der sogenannte "Friedensprozeß", weil von ihm keine substanziellen Rückgaben von besetzten Land an die palästinensische Seite angeboten wurden. **Der in westlichen Staaten, insbesondere in den USA und Deutschland verbreitete Mythos von Barak als friedensorientiertem politisch Verantwortlichen muß dringend revidiert werden:**

Barak steht für die verschärfte Besatzungs- und Kriegspolitik Israels.

Vermutlich ist es wie in Großbritannien und Deutschland, die entscheidende politische Auseinandersetzung, die verloren wurde in Israel (wie in Großbritannien und Deutschland) war die innerhalb der Parteien, die aus der Sozialdemokratie hervorgegangen sind. Sprich: Das Problem war die Wahl Ehud Baraks zum Kandidaten der damaligen Arbeiterpartei Israels.

Das Ausscheiden von Shimon Peres als Kandidat für das Ministerspräsidentenamt – aufgrund der Nichtunterstützung durch die Meretz-Partei - ist zutiefst bedauerlich. Wäre er doch der einzige der möglichen Kandidaten gewesen, der tatsächlich einen friedensorientierten Kurs gefahren hätte.

Auch das Ausscheiden des Ministerpräsidentenkandidaten der rechten Likud-Partei Benjamin Netanjahu hat ebenfalls enorme Auswirkungen. Der jetzige Likud-Kandidat Ariel Sharon steht für Krieg. Netanjahu hätte mit Sicherheit von sich aus keine bessere Politik gemacht, doch - Felicia Langer hat es vor kurzem bei einem persönlichen Gespräch auf den Punkt gebracht - auf ihn hätte politischer Druck aus Israel und von außerhalb ausgeübt werden können und es wäre allgemein akzeptiert worden, daß gegenüber ihm Druck ausgeübt worden wäre.

Nun ist es also klar: Es treten Ehud Barak gegen Ariel Sharon an. Uri Avnery hat einmal die derzeitige Regierungskonstellation als Sharak-Regierung bezeichnet. Nur wenn es vor den Wahlen zu einem Abkommen kommt, kann vielleicht die Region vor einer weiteren Eskalation bewahrt werden.

9. Eskalationsfaktor Siedler

Der entscheidende Punkt ist: In der Regierungszeit Baraks nahmen die Siedler (mit staatlich geförderten Siedlungsprogrammen) im von Israel völkerrechtswidrig und gegen eine ganze Reihe von UNO-(Sicherheitsrats)-Resolutionen besetzten Gebiet der Westbank um 50.000 auf 200.000 zu. 1992 waren es noch 92.000 Siedler, 2000 sind es 200.000. Doch, daß erklärte uns der Tel Aviver Politologe: Die "Siedler" sind nicht alles Extremisten. Es gibt ideologische und ökonomische Siedler. Von 200.000 sind ca. 20.000 extremistisch ("Gott hat uns dieses Land geschenkt", "das ist unser Land, Araber haben hier nichts zu suchen"). Von diesen 20.000 sind wiederum ca. 400 militaristisch, gefährlich und zutiefst ideologisch. Diese Siedler haben zudem sehr häufig keine israelischen, sondern US-amerikanische Pässe. Auch ein Hinweis auf die Rolle der USA in diesem Konflikt. Der Eskalationsfaktor in diesem Krieg sind eindeutig diese extremistischen israelischen Siedler auf besetztem Gebiet und das Verhalten des israelischen Staates zu ihnen.

10. Kurzzusammenfassung

Wir haben begriffen, daß die Person Ehud Barak im Westen leider immer noch als Friedensvertreter gehandelt wird, was er einfach nicht ist.

Wir haben von vielen auf palästinensische Seite gehört, daß sie lieber einen **politischen Widerstand** gegen die Besatzungspolitik wollen, als Steinewerfen. Im politischen Widerstand sollten wir die palästinensische Seite stärken.

Unser Eindruck war, daß es nicht nur notwendig ist, für ein Ende der direkten Gewalt zu plädieren, sondern insbesondere auch **für ein Ende der strukturellen Gewalt in der Region**. D.h. zu fordern sind ein Ende - der Absperrungen, - der allnächtlichen (Kollektiv-)Bombardierungen palästinensischer Siedlungen durch israelisches Militär und - ein Ende der Sonderrechte israelischer Siedler im besetzten Gebiet z.B. bei der Straßennutzung, der Wassernutzung und der Landnahme.

11. Perspektiven und Konfliktsituation

Welche Perspektive gibt es nun für die Situation in Israel und Palästina? Auf palästinensischer Seite wird sehr viel Hoffnung auf die Regierungen der europäischen Staaten gesetzt. Wahrscheinlich weitgehend vergeblich. Die palästinensischer Seite muß endlich mehr politisch agieren!

Ich denke, es ist notwendig in aller Deutlichkeit die derzeitige israelische Politik zu kritisieren. Immer wenn derzeit aus dem Konfliktgebiet Israel-Palästina berichtet wird, wird appelliert, "die Gewalt" müsse beendet werden. Das ist sicher richtig, doch auch wieder falsch. Von Bill Clinton und Gerhard Schröder über den Mainstream der Medien bis hin in kritischere Kreise appellieren alle "an beide Seiten" (gemeint sind damit Jassir Arafat für die palästinensische Seite und Ehud Barak für die israelische Seite) "die Gewalt zu beenden". Hier liegt ein sehr wesentlicher Trugschluss in der Berichterstattung über diesen Konflikt.

Frieden ist nicht nur Ruhe. Es ist Zeit für einen echten Frieden, der allen Menschen gleiche Bewegungsmöglichkeiten und Entwicklungsmöglichkeiten gibt. Die allgemein erhobene Forderung nach Ende der Gewalt ist vollkommen richtig. Nur: Gewalt ist nicht nur Steinewerfen und schießen. Gewalt ist auch, wenn die Menschen eingeeengt werden. Die derzeitigen apartheitsähnlichen Strukturen sind ebenfalls (strukturelle) Gewalt.

Konfliktforschung fragt auch nach den Akteuren eines Konfliktes. Die Akteure dieses Konfliktes sind sehr unterschiedliche: Auf der israelischen Seite schießen Gruppen z.B. aus den israelischen Siedlungen in der Westbank und (Elite-)Soldaten im staatlichen Auftrag. Auf palästinensischer Seite werfen einzelne und oder in Gruppen organisierte

Menschen, meist Jugendliche Steine, einige schießen. Der wesentliche Unterschied besteht darin, dass in einem Fall (Israel) der Staat Akteur des Konfliktes ist und im anderem (palästinensische Seite) Gruppen und Einzelpersonen. Entsprechend sehen die Todeszahlen aus...

Wenn Israel weiterhin militante palästinensische Vertreter "abschießt", eskaliert der Konflikt weiter. Durch solche staatsterroristischen Akte Israels werden die Militanten unter den Palästinensern gestärkt. Die Toten gelten nun als "Märtyrer", es wollen ihnen einige nahefeiern. Wie schaffe ich mir die nächsten Attentäter?

12. Umgang mit Palästina

Palästina ist wie ein militärisch besetztes Haus, bei dem nach langen Verhandlungen Zimmer für Zimmer zurückgegeben werden, manche Zimmer sind inzwischen von anderen bewohnt, aber der Flur und das Treppenhaus des Hauses ist weiterhin unter Kontrolle der Besatzer. Israel muss endlich mit der palästinensischen Seite auf der gleichen Augenhöhe verhandeln und die besetzten Gebiete zurückgeben (wie in vielen UNO-Resolutionen festgelegt) oder Kompensationsländer zur Verfügung stellen. Erste Schritte dazu sind der Stopp der immer neuen israelischen Siedlungen und deren Infrastruktur (Straßen u.a.) in der Westbank. Beide Seiten müssen lebenswichtige Ressourcen gleichermaßen zugänglich sein. Israel erscheint hier als "westliches" Land (was es nur bedingt ist). "Die Palästinenser" sind Araber, ein anderer, "fremder" Kulturkreis.

Die zentrale Frage ist, welcher Widerstand der Palästinenser gegen die israelische Besatzungs-, Apartheits- und Kriegspolitik wird sich durchsetzen? Es ist es unsere Aufgabe nicht nur "Ende der Gewalt" zu rufen, sondern das Ende der strukturellen Gewalt mit durchzusetzen und deshalb den politischen Widerstand auf Seiten der Palästinenser und der Israelis zu stärken.

Konkrete Möglichkeiten dazu sind:

1. Stärkung der Friedensgruppen in Israel wie Gush Shalom. Gush Shalom braucht nicht nur idee, sondern auch finanzielle Unterstützung.
2. Stärkung der Gruppen und Institutionen auf palästinensischen Seite, die für einen politischen Widerstand, für eine politische Intifada sind, insbesondere Stärkung der Frauengruppen in Palästina.

13. Resumee

Politisch notwendig ist ein Rückzug Israels aus den besetzten Gebieten, sprich aus der Westbank und dem Gazastreifen. Die israelischen Siedlungen sind entweder aufzugeben oder in

einen zukünftigen Staat Palästina einzugliedern. Extremistischen israelischen Siedlern muß endlich Einhalt geboten werden.

Menschenrechte sind universal. D.h. auch die deutlichen Menschenrechtsverletzungen der israelischen Regierung und des israelischen Militärs müssen kritisiert werden. Wer nach der Formel vorgeht: "Israel darf nicht kritisiert werden", entweder aus historischem Gründen oder religiösem Pietismus, verschließt die Augen gegenüber heutigen realen Gewalt- und Machtverhältnissen vor Ort. Der Nahostkriegsprozeß wird instrumentalisiert für hiesige Debatten. Historische deutsche Schuld wird auf dem Rücken der Palästinenser ausgetragen.

Es ist notwendig sich für ein Ende der direkten Gewalt in Israel und Palästina einzusetzen. Das genügt aber bei weitem nicht. **Insbesondere nötig ist ein Ende der strukturellen Gewalt in der Region.** Es muß ein Ende - der Absperrungen, - der allnächtlichen (Kollektiv-)Bombardierungen palästinensischer Siedlungen durch israelisches Militär und - ein Ende der Sonderrechte israelischer Siedler im besetzten Gebiet z.B. bei der Straßennutzung, der Wassernutzung und der Landnahme geben.

Blinde hiesige Solidarität und Verherrlichung der palästinensischen Intifada - mit allen Auswüchsen wie dem fatalen Märtyrerkult und dem Machismus der Gewalt - ist gefährliche Revolutionsromantik und zutiefst unpolitisch. Hier ist ein Blick notwendig auf die verschiedenen Arten des Widerstands vor Ort. Notwendig ist die Stärkung des politischen Widerstands der palästinensischen Seite gegen die Besatzungspolitik Israels.

Konsequent gegen Rassismus und Antisemitismus vorzugehen, bedeutet auch rassistische Muster in unserem Denken anzugehen. Vielleicht hängt die Affinität vieler im Westen zu Israel mit der (vermeintlichen) kulturellen Nähe der israelischen Gesellschaft mit westlichen Gesellschaften zusammen. Bei so manchen (derzeitigen) Plädoyers "für Israel" werden rassistische Muster, insbesondere gegen "den Islam" und "die Araber" deutlich. Dieser Rassismus ist nicht besser, nur weil er sich teilweise "links" schimpft.

Israel schadet sich mit seiner Politik selbst. Wer für Israel ist, muß in aller Deutlichkeit die Regierungs-, Besatzungs- und Kriegspolitik der israelischen Regierung kritisieren.

* Dank für die Adressen insbesondere an Dr. Fritz Balke von der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Stefan Philipp und Achim Schmitz von der DFG-VK und Christiane Lammers von der Arbeitsgemeinschaft Friedens- und Konfliktforschung (AFK) für Adressen in Palästina und Israel. Dank an Claudia Haydt für Anregungen zum Text und Bernd Drücke für die Geduld für die Ablieferung nach Redaktionsschluß.

Dieser Text ist im Internet zu finden unter:

<http://www.tobias-pflueger.de/publikat/Kriegsprozess.html>

<http://www.tobias-pflueger.de/publikat/Kriegsprozess.rtf>

<http://www.rosaluxemburgstiftung.de/Foerder/Studienwerk/Stip/Veroeffent/pflueger01.pdf>